

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

Abgestimmtes Gesamtkonzept zur Integration und Unterbringung von Flüchtlingen in Bremen

Nach jüngsten Informationen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ist die Zahl der Asylersanträge im ersten Halbjahr 2013 um 90 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2012 gewachsen – mit deutlich steigender Tendenz. Die meisten Anträge stellen Flüchtlinge aus der Russischen Föderation (vor allem aus Tschetschenien), Syrien und Afghanistan. Hinzu kommt, dass Deutschland sich bereit erklärt hat, weitere 5.000 Flüchtlinge aus Syrien aufzunehmen.

Nach dem „Königsteiner Schlüssel“, der die Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Bundesländer bestimmt, nimmt das Land Bremen 0,93 Prozent dieser geflüchteten Menschen auf, verteilt zu einem Fünftel auf Bremerhaven und vier Fünfteln auf die Stadtgemeinde Bremen. Das BAMF erwartet für dieses Jahr insgesamt etwa 100.000 Asylsuchende. Von ihnen bedürfen die so genannten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge einer besonderen Fürsorge in Unterbringung und Betreuung. Auch hier ist eine Verteilung auf die beiden Städte Bremen und Bremerhaven angezeigt. Deswegen steht die Stadtgemeinde Bremen in der Verantwortung und vor der Aufgabe, die Unterbringung und Integration dieser neu nach Bremen kommenden Menschen sicherzustellen. Der Senat geht für die Stadtgemeinde Bremen von über 500 neuen Flüchtlingen bis Ende 2013 aus. Die Stadtbürgerschaft hat mit Beschluss vom 23.4.2012 den Senat aufgefordert, eine Steuerungsgruppe einzusetzen, die ein Konzept zur Neuorganisation der Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften entwickelt. Das Ziel ist, die Unterbringung in Übergangwohnheimen stufenweise aufzugeben. Die vollständige Umsetzung dieses Konzeptes bereitet jedoch Schwierigkeiten, wenngleich bereits im Jahr 2012 mehr als doppelt so viele Flüchtlinge wie im Jahr 2011 in eine eigene Mietwohnung einziehen konnten. Bisher konnten auf Wohnungsmarkt in Bremen keine ausreichende Zahl angemessener Wohnungen zur Unterbringung der Flüchtlinge ermittelt werden.

Für die Menschen, die jetzt nach Bremen kommen, wird kurzfristig Wohnraum benötigt, um Notunterkünfte zu vermeiden. Nach Möglichkeit sollten Wohnungen gefunden oder kleinere Gemeinschaftsunterkünfte bereitgestellt werden, die familieneeignet und verkehrlich gut angebunden sind. In näherer Umgebung sollten sich Infrastrukturen wie Kitas und Schulen befinden. Ferner sollten in den Quartieren Kapazitäten vorhanden sein, um die Menschen mit Integrationsangeboten zu begleiten. Anzumietende oder einzurichtende Unterkünfte dürfen nicht nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden. Es muss trotz der bestehenden Dringlichkeit systematisch und nach einem von einem Konzept getragenen Ansatz vorgegangen werden, der die Bremerinnen und Bremer vor Ort mitnimmt.

Erfahrungsgemäß ist davon auszugehen, dass ein größerer Teil der Flüchtlinge dauerhaft in Bremen bleiben wird. Deswegen werden Integrationsangebote benötigt, die den Menschen schnellstmöglich Wege in die eigenständige Existenzsicherung und wirkliche gesellschaftliche Teilhabe eröffnen. Dazu sollten auch Angebote von Patenschaften zwischen der Bremer Bevölkerung und den neuankommenden Flüchtlingen gehören.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtbürgerschaft beschließen:

Die Stadt Bremen bekennt sich zu ihrer Verantwortung zur Aufnahme von Flüchtlingen und wird sich in allen Bremer Stadtteilen dafür einzusetzen, dass nach Bremen kommende Flüchtlinge willkommen geheißen und mit Wohlwollen aufgenommen werden.

Die Stadtbürgerschaft unterstützt alle Bestrebungen, ihnen in unserer Stadt nicht nur ein Leben in Sicherheit, sondern für die Zeit ihres Aufenthalts auch eine neue Heimat zu bieten. Die Stadtbürgerschaft begreift ihre Aufnahme nicht als Belastung, sondern als humanitäre Selbstverständlichkeit.

Die Stadtbürgerschaft hat Verständnis dafür, dass in der Bevölkerung, insbesondere in der unmittelbaren Nachbarschaft von neu einzurichtenden Unterkünften, Fragen aufgeworfen werden. Um so mehr würdigt die Stadtbürgerschaft die Bereitschaft jener Stadtteilbeiräte, Anwohnerinnen und Anwohner, die jetzt schon neuen Gemeinschaftsunterkünften zugestimmt haben bzw. sich in hohem Maße sozial für die neue Nachbarschaft engagiert haben.

Die Stadtbürgerschaft erwartet vom Senat frühzeitige Integrationsangebote und begrüßt die bereits ergriffenen Maßnahmen. Gute Beispiele sind die sozialpädagogische Betreuung in den Einrichtungen, Spielkreise für Kinder oder zusätzliche Deutschkurse etwa über die Volkshochschule wie auch die ambulante Betreuung bei erfolgreichem Umzug in Wohnungen. Die Stadtbürgerschaft hält die Kinderbetreuung außerhalb der Unterkünfte und eine rasche Beschulung der Kinder und Jugendlichen für nötig.

Die Stadtbürgerschaft appelliert auch an die Bremer Vermieterinnen und Vermieter, den Flüchtlingen für den Übergang von den Wohnheimen in Wohnungen geeigneten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Stadtbürgerschaft verurteilt in diesem Zusammenhang auch das Ausnutzen von Notlagen durch überzogene Mietforderungen.

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, in Anbetracht der Dringlichkeit,

1. schnellstmöglich Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge bereitzustellen, unter der Maßgabe, die Unterbringung in provisorischen Sammelunterkünften soweit wie möglich zu vermeiden.
2. ressortübergreifend bestehende Integrationsangebote für Flüchtlinge zu überprüfen und bei Bedarf weitere Angebote, insbesondere im Bereich Soziales, Bildung und Arbeitsförderung, zu entwickeln.

3. in einem transparenten Verfahren zu analysieren, welche konkreten Objekte besonders geeignet sind, Flüchtlinge aufzunehmen und eine Begleitung sichergestellt werden kann.
4. die Bremerinnen und Bremer für die Ziele einer humanitären und auf Integration gerichteten Flüchtlingspolitik zu gewinnen und u.a. Partnerschaften zwischen der Bremer Bevölkerung und neuankommenden Flüchtlingen zu fördern.
5. in einem systematischen, zielorientierten Ansatz familiengeeignete und verkehrlich gut angebundene Wohnmöglichkeiten für Flüchtlinge in geeigneten Bremer Quartieren zu generieren. Kitas und Schulen sollen gut erreichbar sein. Dies soll entsprechend der Vorgehensweise zur Entwicklung des Konzepts zur Neuorganisation der Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen statt in Gemeinschaftsunterkünften und im Zusammenwirken mit Wohnungsbaugesellschaften und Vermietervereinigungen, dem Bremer Rat für Integration sowie fachspezifischen Nichtregierungsorganisationen und unter Einbeziehung der Beiräte und der Beirätekonzferenz erfolgen.
6. sämtliche Planungen in der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend unter Hinzuziehung der Beiräte vorzustellen und zu beraten.

Klaus Möhle, Valentina Tuchel, Sükrü Senkal,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Zahra Mohammadzadeh, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE.